

**E 001**

Lfd.-Nr. 1048

DGB-Bundesvorstand

**Für einen handlungsfähigen Staat und eine  
gerechtere Steuerpolitik**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:  
Annahme in geänderter Fassung

**1 Eine gerechtere Steuerpolitik für einen handlungs-  
2 fähigen Staat**

3 Deutschland braucht einen handlungsfähigen Staat, der die  
4 öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet, in die Infrastruktur  
5 investiert und über die Durchsetzungsmacht verfügt, auch  
6 langfristige gesellschaftliche Herausforderungen zu bewäl-  
7 tigen. Der DGB fordert Nachhaltigkeit als Leitfaden: Der Staat  
8 muss den sozial-ökologischen Umbau gestalten und durch  
9 eine gerechtere Besteuerung von Einkommen und Vermögen  
10 für gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen. Die Steuer-  
11 senkungen der letzten 15 Jahre haben die staatliche Hand-  
12 lungsfähigkeit maßgeblich beeinträchtigt. Die öffentliche In-  
13 vestitionsquote ist mit 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts  
14 (BIP) niedriger als im restlichen Euroraum (2,4 Prozent). Seit  
15 2003 wird mehr abgeschrieben als investiert – also  
16 hingenommen, dass das öffentliche Anlagevermögen verfällt.  
17 Die Spuren eines Jahrzehnts, in dem Deutschland von seiner  
18 Substanz gelebt hat, sind überall sichtbar. Der Bedarf zusätzli-  
19 cher öffentlicher Investitionen ist weitgehend unstrittig.  
20 Trotzdem ist der Investitionsstau inzwischen auf über 300  
21 Mrd. Euro angestiegen. Es muss in Bildung, die marode Infra-  
22 struktur, das Verkehrssystem, den Wohnungsbau und den öff-  
23 entlichen Dienst investiert werden. Die Unterfinanzierung der  
24 öffentlichen Hand muss beendet werden. Sie gefährdet die  
25 öffentliche Daseinsvorsorge, eine nachhaltige wirtschaftliche  
26 Entwicklung und letztlich Erhalt und Entstehung zukunftsfähiger  
27 Arbeitsplätze.

28  
29 Aber der Weg, über eine zusätzliche Aufnahme von Krediten  
30 den öffentlichen Haushalten mehr Finanzmittel zuzuführen,  
31 wird durch die Schuldenbremse im Grundgesetz und den eu-  
32 ropäischen Fiskalpakt zunehmend erschwert. Um die im  
33 Fiskalpakt vereinbarte Reduzierung der Schuldenquote zu er-  
34 reichen, müssen Bund, Länder und Gemeinden in Zeiten gerin-  
35 gen oder rückläufigen Wachstums in wachsendem Umfang  
36 Steuereinnahmen zum Abbau des Defizits verwenden. Zudem  
37 laufen Ende des Jahrzehnts die Regelungen zum Solidarpakt II  
38 und zum Länderfinanzausgleich aus. Auch hierzu müssen in  
39 nächster Zeit ausreichend finanzierte Anschlussregelungen  
40 gefunden werden, sonst würden hier Haushaltskürzungen dro-  
41 hen.

42

43 Trotz des offensichtlichen Handlungsbedarfs wird Forderungen  
44 nach einer Verbesserung der Einnahmeseite mit den alljährli-  
45 chen Rekordsteuereinnahmen begegnet. Doch die für die  
46 nächsten Jahre erwarteten Steuermehreinnahmen lösen das  
47 Problem nicht. Selbst wenn sie tatsächlich in der prognosti-  
48 zierten Höhe eintreten, würden sie nicht ausreichen, um die  
49 Ziele der Schuldenbremse zu erreichen und die entstandene  
50 Investitionslücke zu schließen. Im Gegenteil: Die gesamtstaat-  
51 lichen Einnahmen haben zuletzt gerade ausgereicht, um keine  
52 zusätzlichen Schulden aufnehmen zu müssen. Für weitere Auf-  
53 gaben bleibt nur dann etwas übrig, wenn andere, weitgehend  
54 unverzichtbare, öffentliche Leistungen rücksichtslos zusam-  
55 mengestrichen werden. Auch der zu Recht geforderte effizien-  
56 tere Umgang mit Steuergeld schafft nicht die erforderlichen Fi-  
57 nanzierungsspielräume. Eine „nachhaltige Finanzpolitik“ darf  
58 nicht nur bei der Beurteilung der Höhe der Staatsverschuldung  
59 zum Maßstab erklärt werden, sondern auch bei der  
60 Tragfähigkeit von Investitionen. Zeit für einen...

61

## 62 **Politikwechsel**

63 Der DGB will die Handlungsfähigkeit des Staates auf Bundes-,  
64 Länder- und kommunaler Ebene stärken. Eine funktionierende  
65 öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige Infrastruktur  
66 und ein zuverlässiger und bürgernaher öffentlicher Dienst sind  
67 unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und  
68 die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts. Die Behauptung, wir  
69 könnten uns gute Schulen, menschenwürdige Pflegeplätze  
70 oder bezahlbare Wohnungen und öffentlichen Nahverkehr  
71 nicht mehr leisten, ist vor dem Hintergrund der Steuersenkun-  
72 gen der letzten Jahre und des extrem wachsenden Reichtums  
73 immer unglaubwürdiger.

74

75 Aber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten nicht  
76 nur, dass der Staat die grundsätzlichen Dienstleistungen und  
77 Infrastrukturen, auf die alle angewiesen sind, gewährleistet. Er  
78 soll auch die Zukunftsaufgaben endlich entschlossen anpa-  
79 cken. Investitionen müssen in eine innovative Bildungs- und  
80 Wissenschaftslandschaft gelenkt werden, in Forschung und  
81 Entwicklung und in den ökologischen Umbau der Wirtschaft.  
82 Ein handlungsfähiger, gut ausgestatteter und produktiver Sozi-  
83 alstaat hat positive wirtschaftliche Effekte. Die Zeit ist reif für  
84 einen Politikwechsel zugunsten leistungsfähiger sozialer Si-  
85 cherungssysteme und einer funktionierenden Daseinsvorsorge.  
86 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen eine Poli-  
87 tik, die die Ungerechtigkeiten der Einkommensverteilung auch  
88 mittels Steuern und Transferleistungen korrigiert und  
89 Spielraum für nachhaltige Investitionen schafft. Ein aktiver

90 Staat muss jetzt in folgenden Bereichen Handlungsfähigkeit  
91 beweisen:

92

### 93 **Öffentliche Daseinsvorsorge**

94 Ein aktiver Staat gewährleistet im Rahmen der öffentlichen  
95 Daseinsvorsorge bei Bildung, Gesundheit, Forschung, innere  
96 Sicherheit, Wasserversorgung, Wohnungsbau und Mobilität  
97 die Teilhabe aller Gesellschaftsschichten sowie Regionen und  
98 trägt so zu einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung mit  
99 guten Arbeitsbedingungen bei. Soziale Sicherungssysteme, öff-  
100 entliche Daseinsvorsorge und innere Sicherheit sind die Basis  
101 für ein gutes und sicheres Leben der Bürgerinnen und Bürger.

102

103 Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die öff-  
104 entliche Hand bei der Privatisierung von Aufgaben der öffentli-  
105 chen Daseinsvorsorge oder ihrer Übertragung auf öffentlich-  
106 private Partnerschaften (PPP) nicht nur häufig politischen Ge-  
107 staltungsspielraum verliert, es wird oft sogar teurer. Auch Be-  
108 schäftigte und Verbraucherinnen und Verbraucher haben nicht  
109 selten Nachteile. Vor dem Hintergrund der kommunalen Fi-  
110 nanznot werden Privatisierung und Rekommunalisierung öff-  
111 entlicher Aufgaben kontrovers diskutiert. Beide Ansätze kön-  
112 nen für Arbeitsplatzabbau, Arbeitsverdichtung und Kosten-  
113 senkungen missbraucht werden. Für den DGB steht die Quali-  
114 tät der Dienstleistung im Mittelpunkt: Das Angebot muss  
115 Bürgerinnen und Bürger zufriedenstellen. Bei der Leistungser-  
116 bringung müssen gewerkschaftliche Anforderungen an „gute  
117 Arbeit“ eingehalten werden. Die Interessen der Beschäftigten  
118 werden am besten gewahrt, wenn der aktive Staat hier die  
119 Nachhaltigkeitsziele gewährleistet.

120

#### 121 Forderungen des DGB für die öffentliche Daseinsvorsorge:

- 122 • Der DGB wird sich auch künftig der Themen Privatisierung  
123 und Rekommunalisierung annehmen, da Beschäftigte und  
124 Gewerkschaften immer wieder mit Vorstößen für PPP  
125 oder Rekommunalisierung aus Politik und Kommunen  
126 konfrontiert sind. In Vorbereitung darauf können zusam-  
127 men mit den Gewerkschaften erstellte Kriterienkataloge  
128 für die Bewertung entsprechender Vorhaben aus Sicht der  
129 Belegschaften hilfreich sein.
- 130 • Auch in weiteren Handlungsfeldern wie bei der Vergabe  
131 öffentlicher Aufträge, bei der EU-Dienstleistungskonzes-  
132 sionsrichtlinie oder bei Freihandelsabkommen geht es  
133 darum, wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvor-  
134 sorge nicht dem ungezügelter Wettbewerb auszusetzen.
- 135 • Für den regionalen Ausgleich favorisiert der DGB neue Fi-  
136 nanzinstrumente wie eine „Gemeinschaftsaufgabe Siche-

137 rung der regionalen Daseinsvorsorge“, die zur Entlastung  
138 kommunaler Haushalte beitragen können.

139

### 140 **Soziale Dienstleistungen**

141 Ein aktiver Staat muss qualitativ gute soziale Dienstleistungen  
142 bereitstellen. Dazu müssen die öffentlichen Ausgaben für so-  
143 ziale Dienstleistungen deutlich gesteigert werden. Als Vorbild  
144 kann das Ausgaben- und Beschäftigungsniveau im sozialen  
145 Bereich verschiedener skandinavischer Länder angesehen wer-  
146 den. Der Sozialstaat muss angesichts des demografischen  
147 Wandels ausgebaut werden, um Lebensrisiken abfedern zu  
148 können und seine ganzen Möglichkeiten als eine zusätzliche  
149 Produktivkraft entfalten zu können.

150

#### 151 Forderungen des DGB für soziale Dienstleistungen:

- 152 • Der DGB fordert die Modernisierung der Krankenhäuser.  
153 Der Investitionsstau bei öffentlichen Krankenhäusern ist  
154 inzwischen auf insgesamt 50 Milliarden Euro angewach-  
155 sen.
- 156 • In die Bereiche Altenpflege, Jugend- und Sozialarbeit  
157 muss kräftig investiert werden.

158

### 159 **Bildung**

160 Wir verstehen Bildung als Menschenrecht, das einerseits ma-  
161 terielle, soziale und kulturelle Teilhabe für die und den Einzel-  
162 nen eröffnet, andererseits die wirtschaftliche, soziale und  
163 kulturelle Entwicklung der Gesellschaft insgesamt fördert. Für  
164 entwickelte Volkswirtschaften wie Deutschland, deren Stärke  
165 die wissensbasierte Qualitätsproduktion und Dienstleistungs-  
166 erstellung ist, sind Investitionen in Bildung, Weiterbildung und  
167 Forschung und Entwicklung zentral. Die Achillesferse des deut-  
168 schen Bildungssystems ist die soziale Spaltung: In kaum einem  
169 anderen Industrieland hängen die Bildungschancen der Kinder  
170 so sehr vom Geldbeutel der Eltern ab. Deutschland wendet  
171 gemessen am Bruttoinlandsprodukt deutlich weniger Mittel  
172 für Bildung auf als der OECD-Durchschnitt.

173

174 Die Sanierung von Kitas, Schulen und Hochschulen bleibt trotz  
175 der Zusagen der Großen Koalition, die Länder zu entlasten,  
176 eine weitere zentrale Infrastrukturbaustelle. Bildungsarbeit ist  
177 zudem in erster Linie Beziehungsarbeit von Menschen mit  
178 Menschen, erfordert also viele gut motivierte und gut aus-  
179 gebildete Beschäftigte.

180

181 Die Bundesländer sind mit der Finanzierung eines guten  
182 Bildungssystems überfordert.

183

184 Die Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist für die Zu-  
185 kunftsfähigkeit unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung.  
186 Dabei muss Forschung neben der Förderung von Produktions-  
187 techniken auch die Gestaltung von Arbeitswelt und Dienstleis-  
188 tungen sowie weitere soziale und kulturelle Disziplinen in den  
189 Blick nehmen.

190

191 Forderungen des DGB für das Bildungswesen:

- 192 • Der DGB fordert deutlich höhere Investitionen in das  
193 Bildungswesen. Um im OECD-Vergleich voran zu kom-  
194 men, müssten jährlich mindestens 40 Mrd. Euro aus öff-  
195 entlichen Mitteln zusätzlich bereitgestellt werden. Der  
196 Ansatz der Großen Koalition bleibt weit dahinter zurück.
- 197 • Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in  
198 der Bildungsfinanzierung muss aus dem Grundgesetz ge-  
199 strichen werden.
- 200 • Die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwick-  
201 lung müssen dauerhaft die Marke von drei Prozent des  
202 BIP überschreiten.

203

204 **Infrastruktur**

205 Deutschland ist als starker Industrie- und Dienstleistungs-  
206 standort auf eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur  
207 besonders angewiesen. Der Investitionsstau ist das Ergebnis  
208 unterlassener Investitionen – meist trotz Einsicht in die  
209 Notwendigkeiten. Er bedroht die Wettbewerbsfähigkeit der  
210 Wirtschaft, behindert den ökologischen Umbau, die Sicherung  
211 und Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und gefährdet  
212 den Wohlstand zukünftiger Generationen.

213

214 Eine zentrale Baustelle ist die kommunale Infrastruktur. Das  
215 Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat für den Zeitraum  
216 von 2006 bis 2020 einen Investitionsbedarf von durchschnitt-  
217 lich 46 Mrd. Euro pro Jahr ermittelt. Der Investitionsstau, also  
218 die Differenz zwischen Bedarf und von den Kommunen getä-  
219 tigten bzw. geplanten Investitionen, beträgt für den Zeitraum  
220 2012 bis 2015 rund 49 Prozent oder über 25 Mrd. Euro jähr-  
221 lich. Die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vorgese-  
222 hene Entlastung der Länder um 6 Mrd. Euro – vorgesehen für  
223 Kitas, Schulen und Hochschulen – kann nur ein erster Schritt  
224 sein. Wenn Gemeinden wegen geringer Steuereinnahmen  
225 Straßen und Brücken nicht reparieren können, erschwert und  
226 verteuert dies wirtschaftliche Aktivitäten. Wenn sie gezwun-  
227 gen sind, Kita-Gebühren und Eintrittspreise für das öffentliche  
228 Schwimmbad zu erhöhen oder Letzteres gleich komplett zu  
229 schließen, steht die Handlungsfähigkeit des Staates für die  
230 Bürgerinnen und Bürger unmittelbar in Frage.

231 Für Sonderbedarfe aus der Energiewende wurden für die Kom-  
232 munen von 2011 bis 2015 jährliche Investitionen von 11 Mrd.  
233 Euro als notwendig erachtet. Zudem besteht bis 2030 für den  
234 Um- und Ausbau der Verteilernetze ein erweiterter Investiti-  
235 onsbedarf in zweistelliger Milliardenhöhe. Der Zustand der  
236 kommunalen Verkehrsinfrastruktur ist wiederum besonders  
237 dramatisch: Die Difu-Berechnungen ergaben für die ÖPNV-In-  
238 frastruktur und die kommunalen Straßen und Brücken einen  
239 Investitionsbedarf von jährlich 13 Mrd. Euro.

240

241 Die Mittel, die Bund, Länder und Kommunen für das gesamte  
242 Verkehrssystem bereitstellen, reichen schon seit Jahren längst  
243 nicht mehr. Das hat direkte und indirekte Folgen für Verkehr,  
244 Wirtschaft, Klimaschutz und Beschäftigte. Die anhaltende Un-  
245 terfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur hat zu einem mas-  
246 siven Substanzverzehr geführt. Erstmals ist 2010 auch das  
247 Nettoanlagevermögen des Straßennetzes gesunken. Lange  
248 aufgebautes gesamtgesellschaftliches Vermögen verliert also  
249 an Wert und wird nicht für künftige Generationen gesichert.  
250 Der Bericht „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung  
251 “ fordert für den Erhalt des Bestandnetzes und zur Deckung  
252 des Nachholbedarfs für unterlassene Erhaltung in den nächs-  
253 ten 15 Jahren jährlich zusätzlich über 7 Mrd. Euro. Im Ver-  
254 gleich zu den europäischen Nachbarn steckt Deutschland  
255 auch viel zu wenig Geld ins Schienennetz.

256

257 Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wurden zusätzli-  
258 che 5 Mrd. Euro bis 2017 verabredet. Selbst wenn durch die  
259 Ausweitung der Lkw-Maut noch zusätzliche Einnahmen hinzu-  
260 kommen, ändert sich an der strukturellen Unterfinanzierung  
261 der Verkehrsinfrastruktur wenig.

262

263 Schließlich erfolgt der unverzichtbare, flächendeckende Breit-  
264 bandausbau unzureichend und zu langsam. Millionen  
265 Haushalte und viele Unternehmen müssen mit dieser ele-  
266 mentaren Technik verbunden werden. Gerade die Anbindung  
267 strukturschwacher Gebiete ist eine große Herausforderung,  
268 um die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und den  
269 Zugang zu Bildung zu verbessern und nicht zuletzt Beschäf-  
270 tigung zu sichern.

271

272 Forderungen des DGB für die Infrastruktur:

- 273 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine  
274 deutliche Anhebung der Bundesmittel für Erhalt und Er-  
275 tückung der Infrastruktur, begleitet von einer auf Nach-  
276 haltigkeit und Wettbewerbsgerechtigkeit ausgerichteten  
277 Verkehrspolitik.

- 278 • Insbesondere auf kommunaler Ebene muss dem Marsch  
279 vom Steuer- in den Gebührenstaat (von Kita- bis zu  
280 Straßennutzungsgebühren) entschlossen begegnet wer-  
281 den. Angesichts der Diskrepanz zwischen gewaltigen In-  
282 vestitionsbedarfen und steigenden Kassenkrediten – seit  
283 2001 von 11 auf 47 Mrd. Euro – fordert der DGB eine  
284 grundlegende Neuordnung der Kommunalfinanzen.
- 285 • Der DGB fordert einen umfassenden „Masterplan Mobili-  
286 tät“, in dem die Ziele der Verkehrs- und Infrastrukturpoli-  
287 tik zu formulieren und die daraus abzuleitenden Einzel-  
288 maßnahmen aufeinander abzustimmen sind. Dabei müs-  
289 sen die Menschen mitgenommen werden. Denn nur mit  
290 vorausschauender Bürgerbeteiligung und Transparenz ist  
291 Infrastrukturpolitik nachhaltig plan- und umsetzbar.
- 292 • Die Bundesmittel zum Ausbau des Schienennetzes müs-  
293 sen deutlich erhöht, für den Erhalt der Bestandsinfra-  
294 struktur der Bundeseisenbahnen zusätzlich jährlich min-  
295 destens 1,2 Mrd. bereitgestellt werden.
- 296 • Der Rückzug des Bundes aus der Finanzierung der ÖPNV-  
297 Infrastruktur und des kommunalen Straßenbaus muss ge-  
298 stoppt werden.
- 299 • Die Vernachlässigung des Ausbaus der Wasserstraßen, als  
300 dritter zur Verfügung stehender Verkehrsweg, ist zu behe-  
301 ben. Engpassbeseitigung und der umweltverträgliche  
302 Ausbau sind dringend anzugehen, um die Attraktivität  
303 dieses Verkehrsträgers zu steigern.
- 304 • Die ausreichende Finanzierung von Öffentlichem und  
305 Schienenpersonen-Nahverkehr bei den Regionalisierungs-  
306 und ehemaligen GVFG-Mitteln (nach dem Gemeindever-  
307 kehrsfinanzierungsgesetz) ist sicherzustellen.
- 308 • Der Breitbandausbau muss – wie von der großen Koali-  
309 tion vorgesehen – auch tatsächlich bis 2018 jährlich mit  
310 mindestens 1 Mrd. Euro entschlossen vorangetrieben  
311 werden.

### 313 **Wohnungsbau**

314 Das Grundbedürfnis Wohnen dem Markt zu überlassen und  
315 sich aus diesem Handlungsfeld als Staat zurückzuziehen, hat  
316 sich als grundlegend falsch erwiesen. Während die Nachfrage  
317 nach Wohnraum stetig gewachsen ist, haben sich die deut-  
318 schen Wohnungsbauinvestitionen seit 1999 im Vergleich zum  
319 Euroraum unterdurchschnittlich entwickelt. In Deutschland  
320 müssen pro Jahr 140.000 Mietwohnungen gebaut werden,  
321 um der steigenden Anzahl an Haushalten gerecht zu werden.  
322 Darüber hinaus bleibt der soziale Wohnungsbau unverzichtbar.  
323 100.000 neue preis- und belegungsgebundene Wohnungen  
324 müssen jährlich mindestens bereitgestellt werden, um auslau-

325 fende Sozialbindungen auszugleichen. Die dafür vorgesehenen  
326 Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder decken  
327 bei weitem nicht den Finanzbedarf. Für die energetische Sa-  
328 nierung öffentlicher Gebäude wurde 2012 für den Zeitraum  
329 bis 2020 insgesamt ein jährlicher Investitionsbedarf von mehr  
330 als 8 Mrd. Euro ermittelt.

331

#### 332 Die Forderungen des DGB für den Wohnungsbau:

- 333 • Der DGB fordert erheblich mehr öffentliche Mittel für den  
334 Wohnungsbau, auch in kommunaler Trägerschaft. Alter-  
335 native Formen der Trägerschaft wie das genossenschaftliche  
336 Modell müssen gestärkt werden.
- 337 • Im privaten Neubau muss u.a. über Belegungspflichten  
338 für bezahlbaren Wohnraum gesorgt werden.
- 339 • Erheblichen Aufholbedarf gibt es bei alters- und be-  
340 hindertengerechten Wohnungen.
- 341 • Bei der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes  
342 fordert der DGB eine bessere finanzielle Förderung und  
343 verlässliche politische Rahmenbedingungen, die Bau-  
344 herren wie Mietern Planungssicherheit bieten.
- 345 • Der DGB wird den Druck zugunsten einer Renaissance  
346 des sozialen Mietrechts aufrechterhalten, sowie ver-  
347 stärkte Investitionen in Neubau und altersgerechten Um-  
348 bau einfordern.

349

#### 350 **Verbraucherpolitik**

351 Ein handlungsfähiger Staat muss durch Informations- und  
352 Offenlegungspflichten dafür sorgen, dass Verbraucherinnen  
353 und Verbraucher notwendige Informationen für sozial und  
354 ökologisch verantwortliche Konsumententscheidungen erhalten.  
355 Gute Arbeit und hohe Produktqualität, Verbraucherschutz und  
356 Beschäftigtenschutz bedingen sich wechselseitig.

- 357 • Verbraucherinnen und Verbraucher müssen mehr Rechte  
358 erhalten, um sich gegen Intransparenz und Täuschung zur  
359 Wehr setzen zu können.

360

#### 361 **Öffentlicher Dienst**

362 Die Voraussetzung für einen leistungsfähigen und bürgerna-  
363 hen öffentlichen Dienst ist qualifiziertes und motiviertes Perso-  
364 nal. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist ent-  
365 sprechend den Aufgaben und Notwendigkeiten zu gestalten  
366 und darf nicht aufgrund von Finanzierungsdefiziten weiter  
367 reduziert werden. In den nächsten 15 Jahren scheiden 30 Pro-  
368 zent der Beschäftigten aus Altersgründen aus. Um qualifizier-  
369 tes Personal für einen handlungsfähigen Staat gewinnen zu  
370 können, müssen die Arbeitsbedingungen modernen Ansprüc-

371



372 hen genügen und die Beschäftigten an deren Gestaltung be-  
373 teilt werden.

374

375 Die Abkoppelung des öffentlichen Dienstes von der allgemei-  
376 nen Einkommensentwicklung und der fortgesetzte Personalab-  
377 bau in vielen Bereichen untergraben dessen Qualität und ver-  
378 schlechtern die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur.  
379 Das gilt auch für die Bezahlung von Männern und Frauen im  
380 öffentlichen Dienst, die – formal diskriminierungsfrei – auf-  
381 grund struktureller Benachteiligungen und diskriminierungs-  
382 anfälliger Bewertungs- und Auswahlkriterien dennoch durch  
383 deutliche Entgeltunterschiede gekennzeichnet ist. Bund, Län-  
384 der und Kommunen tragen als öffentliche Arbeitgeber und Ta-  
385 rifvertragsparteien eine besondere Verantwortung, Entlohnung  
386 und Besoldung diskriminierungsfrei zu gestalten und umzuset-  
387 zen.

388

389 Von besonderer Bedeutung für die Handlungsfähigkeit des ak-  
390 tiven Staates ist die innere Sicherheit der Bürgerinnen und  
391 Bürger, denn eine stabile Sicherheitslage ist ein hohes ge-  
392 sellschaftliches Gut. Sie lebt vom Engagement der Beschäftig-  
393 ten in den Sicherheitsbehörden. Auf eine gute polizeiliche  
394 Arbeit kann kein Staat verzichten, der sich dem Schutz von  
395 Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet fühlt.

396

397 Die Forderungen des DGB für den öffentlichen Dienst:

- 398 • Der DGB fordert ein Ende der ausufernden Kürzungspoli-  
399 tik im öffentlichen Dienst. Der Personalmangel muss be-  
400 seitigt werden.
- 401 • Der öffentliche Dienst muss seiner Vorbildfunktion wieder  
402 gerecht werden und gleiche und gleichwertige Arbeit  
403 auch gleich bezahlen.
- 404 • Die verpflichtende Anwendung von Entgeltbewertungs-  
405 systemen, die auch Diskriminierungen in der Bewertung  
406 von Tätigkeiten aufdecken, ist überfällig.
- 407 • Der DGB fordert, dass bestehende Mitbestimmungslücken  
408 z.B. in Bezug auf Transparenzrechte sowie Informations-  
409 und Beteiligungsrechte der Beschäftigten geschlossen  
410 werden.

411

412 **Mit gerechter Steuerpolitik in die Zukunft investieren**

413 Die Mehrheit der beschriebenen Investitionsbedarfe hat lang-  
414 fristigen und zukunftsorientierten Charakter und ist weitge-  
415 hend unstrittig. Deshalb wäre eine Beteiligung kommender  
416 Generationen an ihrer Finanzierung über Schuldenaufnahme  
417 durchaus gerechtfertigt. Trotzdem gibt es Bestrebungen,  
418 stattdessen den Pfad der Privatisierung von Aufgaben der öff-

419 entlichen Daseinsvorsorge weiterzuverfolgen. Aber diese Leis-  
420 tungen müssen allen Menschen zu Gute kommen, die darauf  
421 angewiesen sind – und zwar unabhängig von der Größe ihres  
422 Portemonnaies. Auch deswegen gilt es, den Marsch vom  
423 Steuer- in den Gebührenstaat mit allen negativen verteilungs-  
424 politischen Folgewirkungen schleunigst zu beenden.

425

426 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass die  
427 notwendigen Investitionen nicht länger aufgeschoben werden,  
428 nicht zuletzt auch weil ein fortgesetzter Investitionsstau die  
429 Kosten weiter erhöht. Eine stärkere Besteuerung hoher Ein-  
430 kommen und Vermögen ist nur folgerichtig, damit Spitzenver-  
431 diener, Vermögende und Unternehmen ihrer Leistungsfähigkeit  
432 entsprechend an den Kosten der Finanzkrise und der Finanzie-  
433 rung des demokratischen Gemeinwesens beteiligt werden.

434

435 Denn großzügige Steuergeschenke und die unzulängliche  
436 Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -umgehung sind  
437 die Hauptursachen für die Unterfinanzierung der öffentlichen  
438 Haushalte. Die in den letzten Jahren erfolgte einseitige Entlas-  
439 tung der Bezieher von Gewinnen und hohen Einkommen  
440 sowie die Freistellung großer Vermögen von der Besteuerung  
441 hat auch den Grundsatz der Steuergerechtigkeit in Frage ge-  
442 stellt: Ein immer größerer Teil des Steueraufkommens wird  
443 über die Lohnsteuer und die Verbrauchssteuern auf die  
444 Haushalte von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkom-  
445 men überwälzt. Während der Anteil der Löhne und Gehälter  
446 am gesamten erarbeiteten Wohlstand in den vergangenen  
447 Jahren tendenziell sank, stieg der Anteil der Lohnsteuer am  
448 Gesamtsteueraufkommen beträchtlich an. Und während für  
449 die nächsten Jahre die Vererbung von immer mehr und immer  
450 größeren Vermögen zu erwarten ist, rechnen die Steuer-  
451 schätzer bestenfalls mit einem gleichbleibend niedrigen Auf-  
452 kommen der Erbschaftsteuer. Folgende Ansatzpunkte stehen  
453 für den DGB im Mittelpunkt:

454

#### 455 **1. Für eine verteilungsgerechte Einkommensteuer**

456 Beim Progressionsverlauf der Einkommenssteuer muss der  
457 Grundsatz gelten, dass Spitzeneinkommen stärker und nied-  
458 rigere Einkommen geringer zu besteuern sind. Die Freistellung  
459 des steuerlichen Existenzminimums ist dabei zu gewährleisten.  
460 Es ist unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit nicht zu ver-  
461 treten, dass Einkommen im unteren und mittleren Einkom-  
462 mensbereich einem stärkeren Progressionsanstieg ausgesetzt  
463 sind als hohe Einkommen. Dadurch erfährt etwa ein Einkom-  
464 menzuwachs von 10 auf 15 Tausend Euro die gleiche prozen-  
465 tuale Mehrbelastung wie ein Einkommenszuwachs von 30 auf

466 50 Tausend Euro. Wegen der ungleichen Verteilung der  
467 Erwerbseinkommen sind insbesondere Frauen von dieser Un-  
468 gerechtigkeit des Einkommensteuerrechts betroffen. Hingegen  
469 stärkt der Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuer den  
470 progressiven Charakter des Tarifverlaufs und verschafft dem  
471 Bund unverzichtbare Mittel, um die Bundesländer beim Aus-  
472 gleich ihrer unterschiedlichen Finanzkraft zu unterstützen.

473

474 Eine einkommensniveauabhängige Besteuerung nach der Leis-  
475 tungsfähigkeit und eine Verhinderung der Privilegierung von  
476 Kapitaleinkünften kann nur gewährleistet werden, wenn die  
477 seit 2009 dem pauschalen Abgeltungssteuersatz von 25 Pro-  
478 zent unterliegenden Kapitaleinkünfte wie zuvor wieder voll-  
479 ständig dem persönlichen Einkommensteuersatz unterworfen  
480 sind.

481

482 Die steuerliche Entlastung von Ehen durch das Ehegattensplit-  
483 ting ist familienpolitisch fragwürdig und gleichstellungspoli-  
484 tisch kontraproduktiv. Das Ehegattensplitting behindert die  
485 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am  
486 Erwerbsleben und die gleichmäßigere Verteilung von Familien-  
487 arbeit. Das Ehegattensplitting in seiner gegenwärtigen Ausge-  
488 staltung fördert nicht Familien, sondern Ehen mit ungleich ver-  
489 teilten (hohen) Einkommen. Der schrittweise Umbau des  
490 Ehegattensplittings hin zu einer Individualbesteuerung würde  
491 einen Beitrag zur Gleichbehandlung verschiedener Lebens-  
492 und Familienformen leisten. Ein erster Schritt wäre, die Steuer-  
493 klassenkombination III/IV abzuschaffen und durch die Steuer-  
494 klassenkombination IV/IV für Eheleute ergänzt durch das Fak-  
495 torverfahren zu ersetzen, weil diese Steuerklassenkombination  
496 das Erwerbseinkommen gerechter abbildet und Frauen eher  
497 einen Anreiz bietet, eine Beschäftigung oberhalb der Ge-  
498 ringfügigkeitsgrenze auszuüben.

499

500 An Sonn- und Feiertagen und während der Nacht zu arbeiten,  
501 ist für die betroffenen Beschäftigten mit zusätzlichen sozialen  
502 und gesundheitlichen Belastungen verbunden. Zugleich kann  
503 die Gesellschaft auf die Verrichtung dieser Tätigkeiten nicht  
504 verzichten, da davon die Aufrechterhaltung unverzichtbarer  
505 Leistungen und die Kontinuität von Produktionsprozessen  
506 abhängen. Deshalb ist die Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags-  
507 und Nachtarbeitszuschlägen kein Subventionstatbestand,  
508 sondern elementarer Teil eines leistungsgerechten Einkom-  
509 mensteuerrechts. Ebenso muss der Aufwand für den Weg zum  
510 Arbeitsplatz besser geltend gemacht werden können. Nicht  
511 nur die Anforderungen an die Mobilität der Menschen steigen

512

513 ständig, sondern auch die damit verbundenen Kosten.

514

515 Forderungen des DGB zur Einkommenssteuer:

- 516 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften halten an  
517 der Forderung nach einem konsequent progressiv ausge-  
518 stalten Tarifverlauf der Einkommensteuer fest. Neben ei-  
519 ner Anhebung des Spitzensteuersatzes soll der Tarifverlauf  
520 oberhalb des Grundfreibetrags linear verlaufen.
- 521 • Der DGB lehnt Forderungen nach einer Abschaffung des  
522 Solidaritätszuschlages ab. **Die Fortführung des Soli-**  
523 **daritätszuschlages über 2019 hinaus soll struktur-**  
524 **schwache Regionen in Ost- und Westdeutschland**  
525 **fördern.**
- 526 • Kapitaleinkünfte sollten wieder dem persönlichen Ein-  
527 kommensteuersatz unterworfen werden. Im ersten Schritt  
528 fordert der DGB eine Erhöhung der Abgeltungssteuer auf  
529 35 Prozent.
- 530 • Der DGB fordert bessere Rahmenbedingungen für die  
531 Förderung von Familien mit Kindern und die Erwerbstä-  
532 tigkeit von Frauen. Dazu gehört u. a., dass das Ehegatten-  
533 splitting schrittweise hin zu einer Individualbesteuerung  
534 umgebaut wird.
- 535 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden  
536 jedem Angriff auf die Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags-  
537 und Nachtarbeitszuschlägen entschieden entgegenzutreten.
- 538 • Es ist erforderlich, die Aufwendungen zwischen Wohn-  
539 und Arbeitsstätte steuerlich besser geltend machen zu  
540 können. Dabei darf die Entlastung von den Kosten des  
541 Arbeitsweges nicht mehr von der Höhe des Einkommens  
542 abhängen.

543

## 544 **2. Umsatzsteuerbetrug bekämpfen statt weiterer Be-**

### 545 **lastung der Binnennachfrage**

546 Haushalte mit niedrigem Einkommen sind gezwungen, ihr Ein-  
547 kommen nahezu vollständig für den Konsum auszugeben. In-  
548 folgedessen ist ihre Umsatzsteuerbelastung im Verhältnis zum  
549 Einkommen besonders hoch. Damit werden Arbeitnehmer-  
550 haushalte und Bezieher von Lohnersatzleistungen gegenüber  
551 Hocheinkommensbezieher und sehr vermögenden Personen  
552 relativ stärker belastet. Der Anteil der Umsatz- und Einfuhrum-  
553 satzsteuer am Gesamtsteueraufkommen ist in den vergange-  
554 nen Jahrzehnten stetig auf mittlerweile rund ein Drittel ge-  
555 stiegen. Dringlicher Reformbedarf besteht bei der Bekämpfung  
556 des kriminellen Umsatzsteuerbetruges und bei der Vereinfachung  
557 des Verfahrens.

558

559

560 Forderungen des DGB zur Umsatzsteuer:

- 561 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen  
562 weitere Erhöhungen des Umsatzsteuersatzes und insbe-  
563 sondere eine generelle Erhöhung oder gar die Ab-  
564 schaffung des ermäßigten Satzes für Güter des täglichen  
565 Bedarfs strikt ab. Immerhin dämpft er die ungerechte Ver-  
566 teilungswirkung der Umsatzsteuer.
- 567 • Zweifelhafte Nachlässe, die Sinn und Zweck des ermäßig-  
568 ten Umsatzsteuersatzes diskreditieren, wie beispielsweise  
569 die Herabsetzung des Umsatzsteuersatzes auf Hoteldi-  
570 entleistungen, sind auf den Prüfstand zu stellen und  
571 gegebenenfalls aufzuheben.
- 572 • Steuerbefreite Umsätze auf Leistungen der öffentlichen  
573 Daseinsvorsorge müssen weiterhin steuerfrei bleiben.  
574 Allerdings dürfen keine zusätzlichen Anreize für die Aus-  
575 lagerung ganzer Betriebsteile in eigene Gesellschaften  
576 durch die Aussicht auf eine Steuerbefreiung gesetzt wer-  
577 den, da mit solchen Auslagerungen oft eine Verschlechte-  
578 rung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen für die  
579 Beschäftigten einhergeht.
- 580 • Die Verlagerung der Umsatzsteuerzahllast auf den zum  
581 Vorsteuerabzug berechtigten Unternehmer muss als  
582 durchgängiges Prinzip (Reverse Charge) etabliert werden.

583

584 **3. Große Vermögen stärker zur Verantwortung heran-**  
585 **ziehen**

586 Die Länder und die in ihrer Mitverantwortung stehenden Kom-  
587 munen stehen vor besonderen finanziellen Herausforderun-  
588 gen. So wird eine Entlastung von ihren Altschulden, eine zu-  
589 kunfts feste Bildungsfinanzierung und die hinreichende Ausfi-  
590 nanzierung wichtiger Infrastrukturinvestitionen nur gelingen,  
591 wenn die den Ländern zustehenden Steuerquellen stärker zur  
592 Finanzierung herangezogen werden. Zugleich hat sich der An-  
593 stieg besonders großer Vermögen längst von der allgemeinen  
594 Wirtschafts- und Einkommensentwicklung abgesetzt. Er  
595 kommt nur einem sehr kleinen Anteil der Bevölkerung zu  
596 Gute, ohne in hinreichendem Maße wieder sinnvoll reinves-  
597 tiert zu werden.

598

599 Die Vermögensteuer muss umgehend wieder erhoben werden.  
600 Eine Unterbewertung oder der Ausschluss bestimmter Vermö-  
601 gensarten aus der Bemessungsgrundlage muss konsequent  
602 vermieden werden, um den Anspruch an die Steuergerech-  
603 tigkeit zu erfüllen und damit den Anforderungen des  
604 Bundesverfassungsgerichtes zu entsprechen. Kredite sollten  
605 von der Bemessungsgrundlage in Abzug gebracht werden.  
606 Selbstgenutztes Wohneigentum von Menschen mit relativ ge-

607 ringen Einkommen ist nicht zu belasten. Die Steuer ist so aus-  
608 zugestalten, dass die Zahllast aus den erwirtschafteten Er-  
609 trägen der Betriebsvermögen beglichen werden kann.

610

611 Die Erbschaftsteuer ist in ihrer derzeitigen Form sehr umge-  
612 hungsanfällig. Außerdem wird auch sie wegen der Begüns-  
613 tigung von Betriebsvermögen (Befreiung von der Erbschaft-  
614 steuer bei Fortführung des Betriebes) bei den höchsten deut-  
615 schen Finanzrichtern kritisch gesehen, da sie den Anforderun-  
616 gen des Grundgesetzes an eine gerechte und gleichmäßige  
617 Besteuerung in der gegenwärtigen Form nicht genügt. Ihr An-  
618 teil an allen Steuereinnahmen schwindet – ein Grund dafür  
619 sind die zu niedrigen Steuersätze.

620

621 Um den Wegfall der Vermögensteuer wenigstens teilweise zu  
622 kompensieren, haben immer mehr Bundesländer von ihrem  
623 Hebesatzrecht bei der Grunderwerbsteuer Gebrauch gemacht  
624 und die Steuersätze angehoben. Dieser Weg kann nicht be-  
625 lieblich weitergegangen werden, da damit insbesondere für  
626 Menschen mit einem durchschnittlichen oder niedrigen Ein-  
627 kommen der Erwerb von Wohneigentum zunehmend er-  
628 schwert wird. Hingegen bleibt der Eigentümerwechsel um-  
629 fangreicher Immobilienvermögen unter bestimmten fragwür-  
630 digen Voraussetzungen, die vor allem große Unternehmen  
631 nutzen können, vollständig steuerfrei. Auch hier sehen wir  
632 Fehlanreize für eine Steuerumgehung im geltenden Recht.

633

634 Auch die den Kommunen zustehende Grundsteuer muss dem  
635 Anspruch an Verteilungsgerechtigkeit und Besteuerung nach  
636 der Leistungsfähigkeit besser gerecht werden. Dem wird die  
637 Praxis, im Erhebungsverfahren auf Preise von 1964 (West) und  
638 1935 (Ost) zurückzugreifen, nicht gerecht. Als eine auf das  
639 Vermögen bezogene Steuer sollte die Grundsteuer auch vom  
640 Eigentümer der Immobilienvermögen getragen werden.

641

642 Um den nicht nur in Deutschland bestehenden Investitions-  
643 stau aufzulösen, fordern der DGB und seine Mit-  
644 gliedsgewerkschaften ein auf zehn Jahre angelegtes  
645 Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa. Zu  
646 dessen Finanzierung schlagen wir die Gründung eines Fonds  
647 vor, dessen Grundkapital von deutscher Seite durch eine  
648 einmalige Vermögensabgabe finanziert werden soll, ohne da-  
649 bei die breite Masse der Bevölkerung zu belasten. So kann ein  
650 großer Teil des erforderlichen Kapitals beigesteuert werden.

651

652 Forderungen des DGB zur Besteuerung großer Vermögen:

653

- 654 • Der DGB fordert auch aus Gründen der Steuergerech-  
655 tigkeit, die Vermögen-, Erbschaft- und Grunderwerbsteuer  
656 wiederzubeleben bzw. grundlegend zu reformieren.
- 657 • Die Vermögensteuer soll sich auf das Nettovermögen be-  
658 ziehen und ab einem Freibetrag von 500.000 Euro gelten.
- 659 • DGB fordert eine höhere Besteuerung großer Erbschaften  
660 und die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Sie dürfen  
661 die Substanz von Betriebsvermögen der Realwirtschaft  
662 nicht gefährden.
- 663 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine  
664 dringend fällige Reform der Grunderwerbsteuer, um Um-  
665 gehungsmöglichkeiten einzudämmen.
- 666 • Bei der Grundsteuer fordert der DGB eine zeitnähere und  
667 damit realistischere Bewertung von Immobilien. Zudem  
668 muss die Möglichkeit, die Grundsteuer als Nebenkosten  
669 auf die Mieter abzuwälzen, aus dem Mietrecht gestrichen  
670 werden.
- 671 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine  
672 einmalige Abgabe auf sehr hohe Vermögen. Diese sollte  
673 drei Prozent auf alle privaten Vermögen ab 500.000 Euro  
674 bei Ledigen und 1 Million Euro bei Verheirateten betra-  
675 gen.

676  
677 **4. Für eine Finanztransaktionsteuer ohne Wenn und**  
678 **Aber!**

679 Dass Beharrlichkeit und breite gesellschaftliche Bündnisse zum  
680 Erfolg führen, zeigt sich in der Steuerpolitik nirgends besser  
681 als in der Kampagne für die Einführung einer Finanztransakti-  
682 onsteuer. Von der herrschenden Politik noch vor wenigen Jah-  
683 ren als abwegige Idee abgetan, hat sich mittlerweile eine  
684 Reihe von EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, zusam-  
685 mengefunden, um eine Etablierung der Anti-Spekulations-  
686 steuer auf dem Wege einer verstärkten Zusammenarbeit zu  
687 ermöglichen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften be-  
688 grüßen ausdrücklich, dass sich auch die neue Bundesregie-  
689 rung dazu verpflichtet hat, diesen Weg weiter zu gehen und  
690 eine europaweite Einführung nach Kräften zu unterstützen.

- 691 • Wir fordern die Bundesregierung auf, sich weiterhin und  
692 unbeeindruckt von Interessen der Finanzindustrie für eine  
693 umfängliche Besteuerung ohne Ausnahmen für einzelne  
694 Spekulationsinstrumente einzusetzen.

695  
696 **5. Gegen den Wettlauf um die niedrigsten Unterneh-**  
697 **menssteuern**

698 Deutschland hat wie andere Länder auch in den vergangenen  
699 Jahren beim Wettlauf um die niedrigsten Unternehmens-  
700 steuern keine rühmliche Rolle gespielt. Die OECD-Staaten, ins-

701 besondere aber die Europäische Union, sind daher gefordert,  
702 den für alle kontraproduktiven Wettbewerb um die niedrigsten  
703 Unternehmenssteuern zu beenden. Nur so werden die Unter-  
704 nehmensteuern wieder einen substanziellen Beitrag zum ge-  
705 sellschaftlichen Fortschritt leisten. Wie Untersuchungen des  
706 Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigen,  
707 liegt im Ergebnis die Besteuerung von Unternehmensgewin-  
708 nen in Deutschland unter dem Niveau der Mehrzahl anderer  
709 großer Industrienationen. Im Gegensatz zu den versprochenen  
710 Effekten haben die Steuersenkungen und -befreiungen nicht  
711 zu einer nachweisbaren Erhöhung der Investitionstätigkeit der  
712 Kapitalgesellschaften geführt. Auch der große Umfang, in dem  
713 deutsche Unternehmen ihre Verluste zur Minimierung ihrer  
714 Steuerzahlungen auf spätere Jahre verteilen dürfen, ist inter-  
715 national nicht selbstverständlich.

716

717 Während sich die Finanznot der Kommunen ständig ver-  
718 schärft, erhöht die Wirtschaft ihre Ansprüche an die Bereitstel-  
719 lung öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungsangebote.  
720 Auch aus diesem Grund stehen alle unternehmerisch Tätigen  
721 in der Pflicht, einen höheren Beitrag zur Finanzierung von  
722 Städten und Gemeinden zu leisten.

723

724 Forderungen des DGB zur Unternehmensbesteuerung:

- 725 • Die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf  
726 15 Prozent ist rückgängig zu machen.
- 727 • Die Steuerfreiheit auf die Veräußerung von Anteilen an  
728 Kapitalgesellschaften ist wieder aufzuheben.
- 729 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine  
730 Überprüfung und Beschränkung der Möglichkeiten, Ver-  
731 luste zur Steuerminimierung auf spätere Jahre zu ver-  
732 teilen.
- 733 • Die Gewerbesteuer ist zu einer Gemeindegewerbesteuer  
734 fortzuentwickeln, die nicht mehr nur willkürlich auf  
735 gewerblich tätige Unternehmen begrenzt ist, sondern  
736 auch die wachsende Zahl von Freiberuflern einschließt.  
737 Die Steuerbemessungsgrundlage ist stärker auf die ge-  
738 samte Wertschöpfung zu beziehen.

739

#### 740 **6. Für einen effektiven Steuervollzug und eine** 741 **Stärkung der internationalen Zusammenarbeit**

742 Die besten Steuergesetze sind wirkungslos, wenn ihre Durch-  
743 setzung nicht sichergestellt ist. Jahr für Jahr ermitteln die Fi-  
744 nanzministerien der Länder, dass die Personalausstattung der  
745 Finanzämter immer weiter hinter dem für eine gerechte und  
746 gleichmäßige Besteuerung erforderlichen Personalbedarf  
747 zurückbleibt. Von diesem Defizit profitieren insbesondere



748 große Unternehmen und sehr vermögende Personen, die ihre  
749 Gewinne und Vermögen auf intransparenten Wegen  
750 grenzüberschreitend verlagern. Für eine sorgfältige Prüfung in  
751 diesen Bereichen fehlt den Kolleginnen und Kollegen der Fi-  
752 nanzverwaltung wegen zunehmender Arbeitsverdichtung  
753 regelmäßig die Zeit.

754

755 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen  
756 nachdrücklich den Aktionsplan gegen Gewinnkürzungen und  
757 Gewinnverlagerungen multinational tätiger Unternehmen  
758 (BEPS) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
759 und Entwicklung (OECD). Dieser soll verhindern, dass multina-  
760 tionale Unternehmen unter Ausnutzung von international  
761 nicht abgestimmten Steuerregeln ihre Steuerlast zu Lasten der  
762 Allgemeinheit reduzieren. Einem international abgestimmten  
763 Vorgehen gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung ist  
764 Vorrang vor bilateralen Regelungen, wie dem zu Recht ge-  
765 scheiterten deutsch-schweizerischen Steuerabkommen,  
766 einzuräumen. Nur so können auf Dauer wirksame und schwer  
767 zu umgehende Regeln für Angelegenheiten der grenzübergrei-  
768 fenden Besteuerung geschaffen werden. Von besonderer  
769 Bedeutung ist dabei, dass die Finanzverwaltung Kenntnis über  
770 die eigentlichen wirtschaftlich Berechtigten von Konten und  
771 Vermögensgegenständen erhält.

772

773 Forderungen des DGB für einen effektiveren Steuervollzug:

- 774 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verlangen,  
775 dass der Personalbestand in den Finanzverwaltungen an  
776 den von den Finanzministerien selbst ermittelten Bedarf  
777 nach oben angepasst wird.
- 778 • Regelwerke zum Informationsaustausch in Steuerange-  
779 legenheiten sind europäisch wie international zu verbes-  
780 sern und von Ausnahmen für bestimmte Einkunftsarten  
781 zu bereinigen.

782

783 Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden, durch ein Co-  
784 untry-by-Country Reporting länderbezogene Rechenlegungs-  
785 und Offenlegungspflichten zu erfüllen. Nur so ist eine länder-  
786 bezogene Wertschöpfungsbasis für die Unternehmensbesteue-  
787 rung zu ermitteln.